



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

-P/IX/21 - 26.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Anschlag auf das Vermögen der Rentenversicherung	S. 1
Spanische Mittelmeerpolitik	S. 3
Der erste Konferenztag in Berlin	S. 5

Hilfloser Storch ?

Von Prof.Ludwig Prollier, MdB

Bundesarbeitsminister Storch hat sich am 13.Januar 1954 im Hessischen Rundfunk zur Sozialreform geäußert ("Bulletin" der Bundesregierung Nr.10). Man konnte gespannt sein, was der zuständige Ressortminister zu der von Dr.Adenauer in der Regierungserklärung groß angekündigten "umfassenden Sozialreform" zu sagen haben würde. Der Eindruck, den dieses Interview im Hessischen Rundfunk vermittelte, war geradezu niederschmetternd.

Herr Storch glaubt sich offenbar mit einer Erhöhung der Altrenten aus der Affaire ziehen zu können. Er selbst hatte aber in der Wahlschlacht eine Erhöhung aller Renten um nicht weniger als 50 Prozent versprochen! Jetzt sieht Herr Storch "Kassenüberschüsse der Rentenversicherungsträger", die er anscheinend für seine Pläne verwenden will. Das ist derselbe Herr Storch, der vor anderthalb Jahren auf dem Gewerkschaftskongreß in Berlin mahnte, man solle daran denken, daß die Zahl der alten Leute und damit der Umfang der Rentenansprüche in den nächsten Jahren ausserordentlich anstiegen. Diesen Anspruch an die Kassenüberschüsse hat Herr Storch nun offensichtlich vergessen, um den Altrentnern von heute etwas zu geben (er hätte sich an diese Zusammenhänge aber erinnern sollen, als er dem Finanzminister aus eben diesen Kassenüberschüssen im Vorjahre eine halbe Milliarde zukommen ließ!). Mehr Inkonsistenz, aber auch mehr Ratlosigkeit

sind kaum noch möglich !

Aber Herr Storch lehnt in dem Interview auch ab, eine gründliche Untersuchung der bestehenden Sozialverhältnisse durchzuführen. Er behauptet plötzlich, ein Sachverständigenausschuß könne überhaupt nichts leisten, wobei er eine völlig unrichtige Angabe über die Arbeit des Beveridge-Ausschusses in England macht. Will Herr Storch etwa - anders als seine Kollegen Wirtschafts- und Finanzminister - endgültig auf den Rat von Sachverständigen verzichten ? Will er also mit seinen Beamten allein Sozialreform machen ? Wir haben doch im vorigen Bundestag die Sterilität dieses Ministeriums erlebt, wenn es um mehr als Flickwerk ging. Und unterdessen ist sich die gesamte sozialpolitische Fachwelt quer durch die Parteien einig, daß ohne Sachverständigenausschuß die dringend notwendige Reform wiederum nicht zustandekommen würde. Schon hat ein Experte des Bundesfinanzministeriums angekündigt, man werde eben beim Bundeskanzler einen Reformausschuß einsetzen müssen...

Ob Herr Storch allmählich sein Ansehen verspielt, kann der SPD gleichgültig sein. Nicht aber, ob die sozialpolitische Neuordnung, die Regierung wie Opposition - wenn auch in verschiedenen Ausmaß - fordern, durch die Ideenlosigkeit und den Mangel an Einfühlungsvermögen des zuständigen Ministers immer wieder von neuem gefährdet wird. Ich habe vor zwei Monaten konkrete Fragen an den Arbeitsminister zur Sozialreform gestellt - und keine Antwort erhalten. Nach wie vor interessiert aber:

Will der Bundesarbeitsminister durch "Verlagerung" von Leistungen - etwa aus der Kriegsopferversorgung oder aus dem Arbeitslosenstock - seine Pläne finanzieren, also zu Lasten anderer sozialer Ansprüche ?

Will er auf eine Kommission unabhängiger Sachverständiger, die alle wesentlichen Sozialpolitiker, auch seiner eigenen Partei, sowie das Finanzministerium fordern, verzichten ?

Will er sich stattdessen auf Teillösungen für einige Rentnergruppen und für die Ärzte beschränken ?

Will der Bundesarbeitsminister überhaupt die von Dr. Adenauer angekündigte "umfassende Sozialreform" ?

+ + +

Franco organisiert "Volksaufstand"

Von unserem rw-Mitarbeiter

Die wohlorganisierte "Volks"bewegung in der Hauptstadt spanisch Marokkos und die bestellte Resolution der Notabeln an den Hochkommissar, General Valiño, haben wesentlich andere Beweggründe als aus dem recht offiziell spanischen Stil der Resolution herauszulesen ist. General Franco und sein Statthalter in Marokko haben ganz andere Sorgen als etwa tatsächlich den abgesetzten Sultan von Marokko, Sidi Mohammed ben Jusuf zu unterstützen.

Wenn seit ungefähr zwei Jahren der spanische Diktator in Marokko eine Art politische Liberalisierung durchgeführt hat, die im spanischen Mutterland selbst in dieser engbegrenzten Art völlig undenkbar wäre, so ist der Hauptzweck dieser Aktion nicht etwa so sehr - wie meist vermutet wird - ein anderes Spiel als die französische Residenz in der Nachbarzone zu spielen denn eine psychologische Spekulation auf das Echo in der islamisch-arabischen Welt rund um das östliche Mittelmeer. Beide Zugänge zum Mittelmeer, Suez und Gibraltar sind heute noch in britischer Hand. Gegen die Besetzung des Suezkanals mobilisiert seit Jahr und Tag der ägyptische Nationalismus, gegen das britische Gibraltar führt der spanische Nationalismus seit drei Jahren einen, von keiner diplomatischen Rücksicht getrübbten Propagandafeldzug. Während nun Großbritannien einmütig Gibraltar als britisches Gebiet ansieht, wird die kleine Felsenfestung im andalusischen Süden - volkstümlich "El Peñon" genannt - von der spanischen Presse auf höhere Anordnung hin nur als "besetztes Gebiet" bezeichnet. Daher der wenig diplomatische Protest gegen den Besuch der britischen Königin in Gibraltar, daher der von oben organisierte "Volksaufstand" in spanisch Marokko, der geeignet ist, die islamischen Unlustgefühle gegen Großbritannien als Vormacht im Nahen Osten und gegen Frankreich als Vormacht im westlichen Nordafrika zu mobilisieren.

Trotz dem Protest des streitbaren Kardinals Segura, der die Anbiederung des allerschristlichsten spanischen Staatsoberhauptes an die arabischen Staaten im Nahen Osten bereits einmal in einem Hirtenbrief heftig angegriffen hat, verfolgt General Franco nach wie vor den Plan, die militärisch und vor allem zur See schwachen Staaten im

Mittelmeer gegen die französisch-britische Vormacht in eine Linie zu bringen. Eine spanisch-arabische Allianz ist eine Messe wert, denkt man in Madrid und scheut sich daher nicht, in spanisch Marokko gegen den Kolonialismus (der anderen) zu wettern.

Die unglückselige Absetzung von Sidi Mohammed ben Jusuf und seine Verbannung nach Korsika machen es der spanischen Verwaltung in Tetuan leicht, antikolonialistische Parolen auszugeben, obwohl die politische Liberalisierung der spanischen Zone nur auf dem Papier steht. Es wäre auch ein Irrtum anzunehmen, daß sich hierüber etwa der bekannte Führer der nationalistischen Reformpartei in Spanisch-Marokko, Abd-el-Chalek-el-Tures großer Illusionen hingabe. Wie in Nordafrika im allgemeinen zwischen den Zeilen gelesen werden muß, so sind auch die Erklärungen von El-Tures nur zeitbedingt; eine Spekulation auf die von den spanischen Behörden gegebene Möglichkeit, gegen die Maßnahmen der französischen Residenz in Rabat zu protestieren und damit den nationalistischen Gedanken voranzutreiben.

Zur Zeit ist natürlich die Lage "fest in der Hand" der Protektoratsbehörden dies- und jenseits der Grenzen, die die beiden Zonen trennen. Es ist auch nicht abzusehen, wie der marokkanische Nationalismus andere als durch die Beeinflussung der einheimischen öffentlichen Meinung in Erscheinung treten kann. Und auf diesem Gebiet ist die, in lebhafter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung befindliche, französische Zone empfindlicher als der stagnierende spanisch verwaltete Teil des Landes. Daher glaubt General Franco, sein subtiles Spiel und seine Bemühungen um die Freundschaft der arabischen Staaten im östlichen Mittelmeer fortsetzen zu können.

Für die Vereinigten Staaten aber taucht in diesem Zusammenhang die, vorläufig jenseits des Atlantik noch nicht voll erfaßte, Frage auf, ob es ratsam ist, auf der Iberischen Halbinsel jene Kräfte zu stützen, die unter dem gegenwärtigen Regime stets Gegenspieler der großen Alliierten Amerikas in Europa, Großbritannien und Frankreich, sein werden.

+ + +

Bezeichnende Episode

P.R.-Berlin

Der Auftakt der Viererkonferenz hat einen bezeichnenden Vorgang gebracht, dessen Lehre für die ganze weitere Konferenz gut beachtet werden sollte. Der amerikanische Außenminister hatte nach der Eröffnungsrede Molotows darauf verzichtet, auch seinerseits bereits am ersten Tage zu sagen, was er auf dem Herzen hatte. Mit einigen ironischen Bemerkungen hatte er gegenüber der ausdrücklichen Aufforderung Molotows so getan und sinngemäß hinzugefügt, er hätte einige kritische und polemische Feststellungen aus der Rede des russischen Außenministers lieber nicht gehört.

Das wurde nach der Konferenz selbst bekannt und gab Anlaß zu einigen etwas aufgeregten und pessimistischen Kommentaren von amerikanischer und französischer Seite und auch aus dem Büro des Bundespresidenten. Die einzigen, die ihre Ruhe behielten, waren von Beginn an die Briten. In Wirklichkeit war nichts geschehen, was Anlaß zu solchen alarmierenden Darstellungen gab. In später Stunde sah man das auch überall ein. Entsprechende neue Hinweise wurden an Presse und Rundfunk gegeben und so bot sich denn schon in den nächtlichen Kommentaren der Sender und in den Morgenzeitungen ein einigermaßen friedliches Bild, das nur sehr gedämpft jenen disharmonischen Vorgang anklingen ließ. Man wird an der heutigen Rede Foster Dulles erkennen können, wie groß der Wille ist, sich durch belanglose episodenhafte Vorgänge nicht aus dem Konzept bringen zu lassen. Das wird für den weiteren Verlauf der Beratungen entscheidend wichtig sein.

Nach dem ersten Tag, also auch nach der Molotow-Rede, ist festzustellen, daß es bisher politisch keine Überraschungen gegeben hat. Der Konferenzbeginn hat genau in der Ausgangslage stattgefunden, die von allen ruhigen und sorgfältigen Beobachtern erwartet wurde, auch der Tagesordnungsvorschlag Molotows - Maßnahmen zur Milderung der internationalen Spannung und Einberufung einer Fünferkonferenz, deutsche Frage und österreichischer Staatsvertrag - fällt unter diese Feststellung. Dabei ist zu sagen, daß es sich hier nicht um eine irgendwie ultimative Reihenfolge, sondern nur um die Aufzählung der wichtigsten Diskussionsgegenstände handelt. Die suggestive Überschrift der "Neuen Zeitung", des Blattes der Amerikaner in Deutschland, "Erstens Fünferkonferenz,

zweitens Deutschland, drittens Österreich" ist eine irreführende Interpretation. Molotow schlug in seiner Rede ausdrücklich vor, über die Einberufung einer Fünferkonferenz zu beraten, wozu die Westmächte schon in der letzten Phase des Notenwechsels bereit waren. An anderer Stelle der Molotow-Rede findet sich sogar die ausdrückliche Bemerkung, diese Fünfmächte-Beratung könne in einer gewissen Zeit *n a c h* der Berliner Konferenz stattfinden, wogegen wohl von keiner Seite etwas Vernünftiges vorgebracht werden kann. In Wahrheit ist also am Beginn das Natürlichste von der Welt geschehen: Die Beteiligten haben ihren Standpunkt noch einmal ausführlich und wohlüberlegt präzisiert und auch bei Molotow ist das nicht in einer für ihn ungewohnt scharfen Form geschehen.

Natürlich ließe sich über einzelne Teile dieser oder jener Rede manches sagen. Das würde in dem Augenblick zu nichts führen, in welchem die eigentlichen Verhandlungen noch nicht einmal begonnen haben. Allgemein fällt in Berlin nur eine Erscheinung auf, die an sich auch nicht neu ist, in diesen ersten Tagen des großen Treffens aber besonders vermerkt wird: Das Bemühen der Sowjets, in einen besonders engen Kontakt zu den Franzosen zu kommen. Die einzige Folge davon scheint bisher zu sein, daß auch die Amerikaner auf verschiedene Weise ihr besonderes Interesse an französischen Auffassungen bekunden.

Natürlich fehlt es nicht an Leuten, die auch daraus bereits wieder weitgehende negative Schlußfolgerungen ziehen. Auf dieser Linie liegt es auch, wenn dem regierungsamtlichen Bonner "Bulletin" am Tage der Eröffnung der Viererkonferenz offenbar nichts wichtiger erschien als ein großer Artikel über die Aufrüstung in der Sowjetzone (von der Richtigkeit oder den Fehlern im Inhalt einmal ganz abgesehen), ein neues begeistertes Loblied auf die EVG und ein entsprechender Beitrag zur europäischen Sicherheitsfrage vom früheren Staatssekretär Lenz, der, ob in der Absicht oder in der Wirkung, nur auf eine Erschwerung der Verhandlungsatmosphäre in Berlin hinauslaufen kann.

+ + +

Erklärung Paul L ö b e s

Paul Löbe, der Alterspräsident des letzten Bundestages, schreibt uns:

"Der Gedanke eines sogenannten "Ehrensoldes" für mich ist ohne mein Wissen und Willen vor einigen Monaten in der Presse aufgetaucht. Sofort nach Kenntnisaufnahme habe ich Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers Mitteilung gemacht, daß ich diese Gabe nicht annehmen kann, da ich ein gesichertes Einkommen im Berliner "Telegraf" habe".

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler